

Kongressdokument 2023

Der Mensch im Zentrum



Kongressdokument 2023

Der Mensch im Zentrum

Arbeitnehmende, die selbstständig und eigenverantwortlich ihr Leben als freie Menschen gestalten können, sind das oberste Ziel unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, die die Arbeitnehmenden dazu ermächtigen. Diese Rahmenbedingungen müssen verschiedene Akteure im Zusammenspiel miteinander gestalten. Als Gewerkschaft ist Syna einer dieser Akteure und somit eine Kraft des sozialen Wandels. Diesen Wandel wollen wir nicht nur begleiten, sondern ihn auch tragen, lenken und gestalten. Durch die Förderung von Solidarität und Sicherheit schaffen wir Stärke, von der alle Arbeitnehmenden profitieren.

Wo steht die Arbeitswelt?

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Die Ursachen sind vielschichtig: fortschreitende Digitalisierung, neue Arbeitsformen, aber auch zunehmende neoliberalistische Tendenzen haben ihren Anteil. Dies führt in vielen Bereichen zu wachsenden Unsicherheiten und berechtigten Ängsten bei den Arbeitnehmenden. Die grundlegenden Errungenschaften der Nachkriegszeit und die damit einhergehenden Gewissheiten, die für eine Mehrheit der Bevölkerung erstmals in der Geschichte eine langfristige Planungssicherheit für ihr Leben schufen, gehen zunehmend verloren. Die soziale und wirtschaftliche Unsicherheit nimmt zu. Werden keine neuen Sicherheiten für die Arbeitnehmenden geschaffen, wird die Schere zwischen arm und reich noch grösser und der Anteil der Arbeitnehmenden am Produktivitätsfortschritt nimmt weiter ab. Dies birgt die Gefahr von gesellschaftlichem Stillstand, sozialer Spaltung und eskalierenden Konflikten.

Ungleiche Chancen

Die Veränderungen in der Arbeitswelt haben sich beschleunigt, die Arbeitsrealitäten differenzieren sich heute stärker als früher. Den Arbeitnehmenden präsentieren sich neue Möglichkeiten und Perspektiven, aber auch Herausforderungen. Gut qualifizierte Arbeitnehmende können mit den Ansprüchen einer zusehends digitalisierten Arbeitswelt Schritt halten und profitieren eher von sicheren und planbaren Arbeitsbedingungen und hohem Einkommen. Ihnen gegenüber steht ein wachsender Anteil an Arbeitnehmenden, die unter unsicheren Bedingungen zu Tieflohnen arbeiten und mit der ständigen Furcht leben, wegrationalisiert zu werden. Ihre Jobs werden aus Profitgründen durch Maschinen ersetzt. Arbeitsstellen für Geringqualifizierte gibt es deshalb immer weniger, Alternativen sind rar. Unter diesen Arbeitnehmenden sind besonders viele Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Sie sind zusätzlich von strukturellen und gesellschaftlichen

Hürden betroffen, die sie an einer problemlosen Integration in den Arbeitsmarkt hindern, respektive daran, ihre Chancen für das eigene Vorankommen zu nutzen.

Hier ist das gesamte Wirtschaftssystem (Wirtschaft, Sozialversicherungen, Arbeitgebende) gefordert, die einzelnen Arbeitnehmenden mit den spezifischen Fähigkeiten auszustatten, die er oder sie für die Arbeitsmarktfähigkeit benötigt. Es ist nicht die private Angelegenheit der einzelnen Arbeitnehmenden, sondern die Aufgabe der verschiedenen involvierten Akteure, auf die aktuellen Veränderungen angemessen zu reagieren, um einerseits selbst die dringend benötigten Arbeitskräfte zu finden, aber auch um die Arbeitnehmenden mental und körperlich gesund und in fairen Anstellungsverhältnissen beschäftigen zu können.

Ermächtigung der Arbeitnehmenden

Der Schutz der Gesundheit aller Arbeitnehmenden muss oberste Priorität haben. Massnahmen zur physischen Sicherheit wie Helme, Handschuhe und Masken sind dabei ebenso wichtig wie Anpassungen an den Klimawandel sowie Vorkehrungen gegen physische oder psychische Überbelastung. Auch Arbeitslosigkeit oder drohender Stellenverlust führen zu Stress und Unsicherheit. Massnahmen zur Förderung der Arbeitsmarktfähigkeit tragen folglich auch zum Gesundheitsschutz bei. Entsprechende Massnahmen müssen stets an erster Stelle stehen. Daraus ergeben sich folgende zentrale Herausforderungen:

- Förderung der andauernden Weiterbildung zur besseren Arbeitsmarktfähigkeit
- Stärkung der sozialen Sicherheit
- Besserer Gesundheitsschutz (physisch und psychisch)
- Anerkennung und Ermöglichung von verschiedenen Lebensrealitäten
- Gerechte Einkommensverteilung

Als Gewerkschaft vertritt Syna die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Arbeitgebenden, den anderen Sozialpartnern, dem Staat, sowie den Institutionen und Versicherungen. Dabei ist für uns klar: Sicherheit, Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen sind nicht denkbar ohne Eigenverantwortung, Eigeninitiative und das Vermögen, die eigenen Rechte durchzusetzen. Die Ermächtigung der Arbeitnehmenden, diese Herausforderungen zum eigenen Wohl zu bewältigen, muss im Zentrum stehen. Das Ziel für die Arbeitnehmenden muss sein, in Eigenverantwortung die sich verändernden persönlichen und wirtschaftlichen Situationen bewältigen zu können und dabei auf soziale und wirtschaftliche Absicherungen zurückgreifen zu können.

Dies funktioniert nur, wenn die Rahmenbedingungen dafür gegeben sind. Die ausgewiesene Aufgabe der genannten Akteure ist es somit, die Selbstbestimmtheit der Menschen aktiv herzustellen, indem sie Regelwerke und Arbeitsbedingungen definieren, die den Arbeitnehmenden grösstmögliche Eigenverantwortung und Eigeninitiative ermöglichen. Nur Sicherheit schafft Freiheit und stärkt die Arbeitnehmenden nachhaltig in ihren Rechten.

Syna fordert:

- **Alle Arbeitnehmenden müssen ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer Fähigkeiten die Möglichkeit haben, unter fairen Bedingungen am Arbeitsleben teilzuhaben. Die Politik ist in der Pflicht, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.**

Soziale Sicherheit



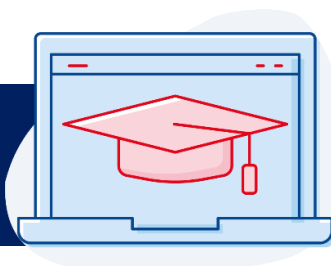
Die schweizerischen Sozialversicherungen decken nicht mehr alle Risiken und Lebensrealitäten der Menschen in der Schweiz ab, sind lückenhaft und systembedingt unzuverlässig. So trifft zum Beispiel eine oftmals mangelhafte Krankentaggeldversicherung auf einen zu spät getroffenen IV-Entscheid, was zu einem Einkommensunterbruch für die betroffene Arbeitnehmende oder den betroffenen Arbeitnehmenden führt. Gleichzeitig steigen die psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz aufgrund von stetig wachsendem Stress und Produktivitätsdruck bei stagnierenden Löhnen. Die Folge: stressbedingte Erkrankungen und Burnouts nehmen zu. Ein bedeutender Teil der Arbeitnehmenden arbeitet nach wie vor zu Tiefstlöhnen, wobei Frauen rund doppelt so oft davon betroffen sind wie Männer. Tiefstlöhne schaffen bereits während des Arbeitslebens massive Probleme und führen darüber hinaus zu Altersarmut.

Die Sozialversicherungen, deren Funktionsweise nur auf bestimmte Lebensentwürfe ausgerichtet sind, schliessen viele aktuelle Lebensrealitäten aus. Sie schaffen somit für einen wachsenden Teil der Bevölkerung keine echte Sicherheit mehr. Neue Risiken und alternative Lebensentwürfe müssen integriert und eine tatsächliche Versicherung für alle Menschen in der Schweiz aufgebaut werden.

Syna fordert:

- **Eine nationale Harmonisierung und Erweiterung der Sozialversicherungen hin zu einem lückenlosen Netz der sozialen Sicherheit.**
- **Den Ausbau einer gesetzlichen Lohnfortzahlungspflicht bei Krankheit und Unfall sowie deren Anpassung an die Bestimmungen der Gesamtarbeitsverträge.**
- **Die Abschaffung des Koordinationsabzugs in der 2. Säule sowie einen obligatorischen 13. Monatslohn zur Sicherung der Renten auch für tiefe Löhne.**
- **Die Einführung einer obligatorischen Krankentaggeldversicherung.**

Digitalisierung und Recht auf Weiterbildung



Die Digitalisierung ist Realität. Sie schafft Chancen und Risiken, bringt Gewinnerinnen und Verlierer hervor und bedeutet einen grundlegenden Strukturwandel für viele Branchen. In der Industrie werden Fließbandarbeiten und einfachere Arbeitsabläufe ausgelagert und stattdessen Fachkräfte für die Überwachung der Prozesse eingestellt. Der Detailhandel verzeichnet einen Rückgang der Verkaufsflächen und eine Verlagerung hin zur Logistik. Das Gewerbe sieht sich zunehmend mit Schichtarbeit konfrontiert, digitale Tools auf den Baustellen übernehmen die Planung. Für diese neuen Aufgaben werden Arbeitnehmende heute oft nur firmenintern weitergebildet. Diese problematische Tendenz führt zu einem starken Abhängigkeitsverhältnis und setzt die Bereitschaft der Arbeitgebenden voraus, die Weiterbildung ihrer Angestellten zu unterstützen. Es wäre viel besser, wenn Arbeitgebende sich finanziell beteiligen und/oder Arbeitszeit zur Verfügung stellen würden, um ihre Mitarbeitenden extern zu schulen. Innerbetrieblich organisierte Weiterbildungen schränken die Möglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, ihre berufliche Situation nachhaltig zu

verbessern, weil sie weder ihre Unabhängigkeit noch ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt erhöhen.

Wirtschaft und Gesellschaft müssen deshalb den durch die Digitalisierung gefährdeten Arbeitnehmenden Weiterbildungsangebote bereitstellen, die es ihnen ermöglichen, bei Wegfall ihrer Stelle innerhalb kurzer Frist und unter Wahrung ihres sozialen Status ihren Lebensunterhalt weiterhin eigenverantwortlich zu bestreiten. Die Herstellung und der Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit der Arbeitnehmenden muss somit das oberste Ziel sein. Dazu braucht es das grundlegende Recht der Arbeitnehmenden zu branchenübergreifenden Grund-, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten mit finanzieller Beteiligung der Arbeitgebenden sowie eine aktive Nutzung der Arbeitslosenversicherung zur Prävention von Arbeitslosigkeit, wie sie das Gesetz heute schon vorsieht. Zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt muss ausserdem die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfacht werden. Davon profitieren die betroffenen Arbeitnehmenden ebenso wie die gesamte Gesellschaft, die so leichter an die dringend gesuchten Fachkräfte kommt.

Syna fordert:

- **Ein Recht auf Grund-, Aus- und Weiterbildung für alle Arbeitnehmenden.**
- **Die Förderung von Grundkenntnissen bildungsferner Personen sowie der Sprachkenntnisse von Menschen mit Migrationshintergrund, um ihnen den Zugang zu beruflicher Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen.**
- **Den Ausbau der Arbeitslosenversicherung zu einer branchenübergreifenden Aus- und Weiterbildungsversicherung, die Massnahmen zum Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit finanziert.**
- **Unterstützung von Weiterbildungen durch die Arbeitgebenden, indem sie Arbeitszeit oder finanzielle Mittel zur Verfügung stellen müssen.**

Chancengleichheit



Chancengleichheit heisst, dass alle Arbeitnehmenden unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter oder sexueller Orientierung gleiche Voraussetzungen in der Arbeitswelt haben. Das Geschlecht bestimmt heute jedoch die Entlohnung von Erwerbsarbeit und die Möglichkeit zur bezahlten Weiterbildung, aber auch die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit und Karriere. Frauen wird häufiger eine bezahlte Weiterbildung und die Möglichkeit auf Kaderstellen verwehrt. Die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit ist für Männer wiederum vielerorts inexistent. Die Lohngleichheit wird nur lückenhaft und ungenügend kontrolliert. Den Arbeitnehmenden und den Sozialversicherungen entgehen so jährlich Beträge in Millionenhöhe, was die Altersvorsorge nachhaltig schwächt.

Menschen mit Migrationshintergrund haben aufgrund fehlender, tiefer oder nicht anerkannter Bildungsabschlüsse vielfach Mühe, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Bei der Stellensuche werden sie aufgrund ihres Aussehens oder ihres Namens oft benachteiligt, ebenso bei Beförderungen. Für ältere Arbeitnehmende ist die Stellensuche aufgrund höherer Beiträge an die 2. Säule schwieriger. Der Wert ihrer Kompetenzen und Erfahrungen wird im Vergleich zu den höheren Sozialabgaben als weniger wichtig eingeschätzt. Diese Missstände bei der Gleichstellung sind offensichtlich und können nicht toleriert werden. Die fehlende Gleichstellung generiert direkt gesellschaftliche Kosten, teilweise bis über das Erwerbsleben

hinaus. Denn tiefere Löhne generieren tiefere Renten und wer keine oder eine tiefe Pensionskasse hat, ist im Alter von Ergänzungsleistungen abhängig. Die Lohn- und Chancengleichheit muss deshalb vom Staat und den Arbeitgebenden aktiv hergestellt und garantiert werden.

Syna fordert:

- **Echte Chancengleichheit bezüglich Geschlecht, Herkunft, Alter oder sexueller Orientierung.**
- **Ziel aller politischen Entscheide, des Vollzugs bestehender Gesetze sowie von sozialpartnerschaftlichen Vereinbarungen muss die vorbehaltlose Chancengleichheit aller Arbeitnehmenden sein.**

Vereinbarkeit



Die zunehmende Überflexibilisierung der Arbeitszeit ist nachweislich gesundheitsschädigend. Eine unausgeglichene Work-Life-Balance führt zu Stress, sozialer Isolation und Krankheit. Das Führen des eigenen Soziallebens ist jedoch Grundbedürfnis eines jeden Menschen und muss oberste Priorität haben. Eine einseitige Flexibilisierung der Arbeit zugunsten der Arbeitgebenden und das weitere Aushöhlen des ohnehin schwachen Arbeitsgesetzes verringern hingegen die Möglichkeit, das Recht auf Erwerbstätigkeit mit dem Recht auf Vereinbarkeit mit Familie, Freunden und sozialen Kontakten zu vereinbaren.

Jede Person muss frei entscheiden können, eine Familie zu gründen. Heute ist Familiengründung ein Risiko für den Wohlstand und die soziale Sicherheit der Arbeitnehmenden. Wirtschaft und Gesellschaft müssen Organisationsformen und Instrumente finden, die garantieren, dass Kinder und Familie sowie das Sozialleben insgesamt die Erwerbsarbeit nicht konkurrieren.

Syna fordert:

- **Vereinbarkeit von Arbeit und Sozialleben.**
- **Bezahlbare und ausreichende Betreuungsplätze nach der gesetzlichen Elternzeit.**
- **Garantierte Möglichkeit zur Teilzeitarbeit für Väter und Mütter sowie für Personen, die Angehörige betreuen.**
- **Verbindliche Arbeitszeitplanung mit sozialverträglichen Arbeitszeiten.**
- **Den Ausbau des Arbeitsgesetzes als Grundstein des Gesundheitsschutzes.**

Rolle des Staates



Der Staat muss aktiv dazu beitragen, die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern. Er muss dazu Strukturen und Instrumente schaffen, die die unterschiedlichen Lebenschancen der Menschen ausgleichen. Obwohl es in der Schweiz in vielen Lebensbereichen eine lange Tradition der staatlichen Gestaltung gibt, ist der Staat als gestaltender Akteur seit den 1980er-Jahren vor allem in der Wirtschaft stark diskreditiert und faktisch ausgeschaltet worden. Die Verlagerung der Gestaltung hin zu den Arbeitgebenden hat zu einer einseitigen Bevorzugung ihrer Interessen gegenüber denjenigen der Arbeitnehmenden geführt. Das zeigt sich auch in der unternehmensfreundlichen Steuerpolitik.

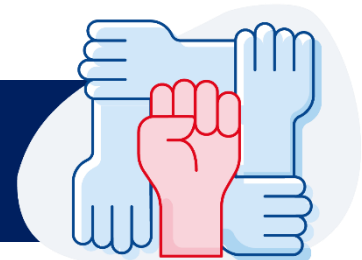
Zudem wurden weite Teile des einstigen staatlichen Service public (Post, Bahn, Telekommunikation, Gesundheitswesen etc.) privatisiert, was überall zu steigenden Preisen sowie schlechteren Dienstleistungen und Arbeitsbedingungen geführt hat.

Daraus folgt eine wachsende Ungleichheit bezüglich Lebenschancen in der Schweiz. Menschen, die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben oder unterhalb der Armutsgrenze leben, können nicht sicher sein, dass sie vom Staat wirklich unterstützt werden. Einige werden zum Beispiel bei Arbeitslosigkeit von dessen Institutionen teilweise sogar gegängelt und erniedrigt. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Die Arbeitnehmenden müssen jederzeit die Gewissheit haben, dass sich der Staat aktiv für ihre Rechte, ihr Wohlergehen und den Schutz ihrer Gesundheit einsetzt. Er muss einen Service public unterhalten, der allen Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, gute und bezahlbare Dienstleistungen anbietet. Bei den Arbeitsbedingungen und den Löhnen muss er Mindeststandards festlegen, damit die gesamtgesellschaftlichen Kosten von schlechten Arbeitsbedingungen nicht von den Arbeitgebenden auf die Allgemeinheit abgewälzt werden können. Überträgt der Staat den Gewerkschaften strukturelle Aufgaben zur Regulierung des Arbeitsmarktes, hat er diese finanziell abzugelten. Der Nutzen der gewerkschaftlichen Arbeit für eine starke und stabile Volkswirtschaft muss staatlich anerkannt und entsprechend mitfinanziert werden.

Syna fordert:

- **Die Wiederherstellung eines starken staatlichen Service public in existentiellen Lebensbereichen.**
- **Eine aktive und gestaltende Rolle des Staates bei der Festlegung von guten Arbeitsbedingungen und beim Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmenden.**
- **Das Delegieren staatlicher Aufgaben an Gewerkschaften muss finanziell abgegolten werden.**
- **Eine nachhaltige Steuerpolitik.**

Solidarität und gewerkschaftliche Organisation



Neue Formen von Dienstleistungen und eine starke Preiskonkurrenz haben in den letzten Jahren neue Arbeitsformen entstehen lassen, deren Bedingungen oft äusserst prekär sind. Arbeitnehmende profitieren als Konsument/-innen einerseits von diesen neuen Angeboten und Dienstleistungen, andererseits müssen sie

sich solidarisch mit den Arbeitnehmenden in diesen Branchen zeigen und sie in ihrem Kampf für bessere Bedingungen unterstützen. Eine solidarische, im Kollektiv geeinte und organisierte Arbeitnehmerschaft, die Gesamtarbeitsverträge aktiv nutzt, ist das einzige Mittel, um in einem unsicheren Wirtschaftsumfeld die Rechte der Arbeitnehmenden einzufordern und aufrechtzuerhalten. Ohne gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmenden kann es keine Sozialpartnerschaft geben. Eine bestehende Sozialpartnerschaft verliert im Gegenzug ohne das Fundament einer starken und aktiven Basisbewegung von Arbeitnehmenden ihre Legitimität. Diese Basis als gestalterisches Mittel für gute Arbeitsbedingungen ist zentral für die Funktionsfähigkeit der Gewerkschaften.

Syna fordert:

- **Die Arbeitnehmenden müssen ihre Verantwortung selbst und als Kollektiv wahrnehmen.**
- **Eine Ausweitung von Gesamtarbeitsverträgen und deren Allgemeinverbindlichkeit in bestehenden und neu entstehenden Branchen zur nachhaltigen Sicherung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.**
- **Alle Arbeitnehmenden in der Schweiz sollten einem Arbeitnehmendenverband ihres Vertrauens beitreten.**

Problemfelder und Forderungen in den Sektoren

Syna vertritt rund 60'000 Mitglieder und über eine Million Arbeitnehmende in zahlreichen Branchen mittels Gesamtarbeitsverträge. Sie ist als Allbranchengewerkschaft zuständig für die Arbeitsbedingungen der drei wichtigsten Sektoren der Schweizer Wirtschaft. Für die einzelnen Sektoren fordert Syna konkret:

Für die Berufe im Gewerbe:

- Teilzeitarbeit
- Bezahlte Weiterbildung
- Verbesserung der Hygienebedingungen auf Baustellen
- Gesundheitsschutz mittels vermehrter Kontrollen und dem Einsatz technischer Hilfsmittel
- Einschränkung und Überwachung von Auslagerung
- Steigende Löhne
- Essensentschädigung und Entschädigung der Fahrzeit
- Sicherung und Ausbau der vorzeitigen Pensionierung
- Erhöhter Schutz gegen extremer werdende Wetterbedingungen sowie eine Reorganisation der Arbeit bei Tätigkeiten im Freien

Für die Berufe in der Dienstleistung:

- Planbare und sozialverträgliche Arbeitseinsätze
- Bezahlte Weiterbildung
- Anhebung des Lohnniveaus
- Lohngleichheit
- Breite GAV-Abdeckung
- Wertschätzung
- Angemessene Personaldecke
- Kühlung der Innenräume bei Hitze

Für die Berufe in der Industrie:

- Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit

- Branchenübergreifende Aus- und Weiterbildung
- Sozialverträgliche Schichtarbeit
- Starke und garantierte Mitwirkungsrechte
- Steigende Löhne
- Kühlung der Innenräume bei Hitze